

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/2790/833971/der-tagesspiegel-knobloch-wuenscht-den-deutschen-mehr-patriotismus-neue-praesidentin-des> abgerufen werden.

Der Tagesspiegel

Der Tagesspiegel: Knobloch wünscht den Deutschen mehr Patriotismus - Neue Präsidentin des Zentralrats der Juden warnt junge Leute vor Schuldgefühlen wegen der Vergangenheit

10.06.2006 - 14:44 Uhr, Der Tagesspiegel

Berlin (ots) - Die neue Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, wünscht sich von den Deutschen mehr Patriotismus. "Warum sollen die Deutschen nicht stolz auf ihr Land sein?", sagte Knobloch dem Berliner "Tagesspiegel am Sonntag". Jeder könne darauf stolz sein, wie die Menschen nach dem Krieg "dieses Land mit den Händen aufgebaut haben".

Sie werde oft von Zuwanderern gefragt, warum die Deutschen ihr Land nicht liebten. "Ich verlange ja gar nicht von den Neubürgern, dass sie schnell ein Patriotismusgefühl entwickeln. Ich verlange aber von den Alteingesessenen, dass sie sich zu ihrem Land mit Freude bekennen. Und das tun sie nicht." In anderen Ländern stünden die Menschen dagegen für ihr Land ein, betonte sie. Zugleich warnte Knobloch vor Schuldgefühlen, die es selbst in der jungen Generation wegen der deutschen Vergangenheit noch gibt: "Wir müssen alles dafür tun, den jungen Leuten nicht das Gefühl zu geben, sie seien schuldig an der Vergangenheit." Denn dann könnten sie ja keine Patrioten sein, sagte Knobloch. "Das sollten sie aber - und zwar hundertprozentig." Sowohl von den jüdischen Gemeinden als auch von der Politik muss nach Auffassung der 73-Jährigen auf diesem Gebiet "noch einiges getan werden".

Knobloch selbst sieht sich jedoch nicht als Patriotin. "Von mir kann man nicht verlangen, dass ich Patriotin bin", betonte sie. Sie könne die Vergangenheit nicht aus ihrem Leben streichen. Sie sehe in Deutschland aber ihre Heimat. Das Verhältnis von Juden und Nichtjuden sei "auf beiden Seiten von Ängsten belastet", sagte Knobloch. "Wir müssen den Leuten verständlich machen, dass uns nur die Religion unterscheidet, sonst gar nichts."

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus sprach sich die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München dafür aus, gegebenenfalls das Demonstrationsrecht einzuschränken. "Es geht nicht an, dass die Behörden Neonazi-Demonstrationen verbieten wollen und dann von den Gerichten gebremst werden, weil die Gesetzeslage dem nicht entspricht."

Inhaltliche Rückfragen richten Sie bitte an:
Der Tagesspiegel, Ressort Politik, Tel. 030/26009-389.

@@infblk@@

Rückfragen bitte an:
Der Tagesspiegel
Chef vom Dienst
Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-419
Fax: 030-260 09-622
cvd@tagesspiegel.de

Originaltext:

Pressemappe:

Pressemappe als RSS:

Der Tagesspiegel

<http://www.presseportal.de/pm/2790/der-tagesspiegel>

http://presseportal.de/rss/pm_2790.rss2